

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen  
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: [info@ai-el-salvador.de](mailto:info@ai-el-salvador.de)  
W: <http://www.amnesty.de> . <http://www.ai-el-salvador.de>

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00 .  
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



## **HUNDERTTAUSENDE SCHLIESSEN SICH DEM KAMPF GEGEN DAS ABSOLUTE ABTREIBUNGSVERBOT IN EL SALVADOR AN**

Pressemitteilung, 22. April 2015

Hunderttausende Menschen haben sich zusammengeschlossen, um El Salvador dazu aufzufordern, das beschämende und diskriminierende Abtreibungsverbot abzuschaffen. Dieses Verbot führt zum unnötigen Sterben von Frauen und Mädchen und dutzenden Verhaftungen auf Grund von Komplikationen in der Schwangerschaft. Teilweise wurden Frauen und Mädchen zu bis zu 40 Jahren Haft verurteilt, meldet Amnesty International.

Am 22. April übergab die Abteilungsleiterin für die Amerikas, Erika Guevara-Rosas, eine Petition mit mehr als 300.000 Unterschriften an das Büro des Präsidenten von El Salvador, Sánchez Cerén, die ihn dazu auffordern, das Abtreibungsverbot abzuschaffen.

„Seit mehr als zwei Jahrzehnten leiden Frauen in El Salvador an den Konsequenzen dieses veralteten, drastischen Gesetzes und nun schließen sich 300.000 Stimmen der internationalen Gemeinschaft an, diese Ungerechtigkeit zu stoppen. Dies ist ein ohrenbetäubender Chor der Sorge, der nicht ignoriert werden kann. Präsident Cerén muss diesem Appell Beachtung schenken“, sagte Erika Guevara-Rosas.

„Dieses grausame und diskriminierende Verbot hat keinen Platz in einer modernen Gesellschaft, wo Frauen und Mädchen die Kontrolle über ihre eigenen reproduktiven und gesundheitlichen Entscheidungen haben sollten. Das Verbot hat dazu geführt, dass seit Jahrzehnten Frauen auf Grund von Komplikationen bei der Geburt inhaftiert werden und es hat andere in gefährliche und geheime Abtreibungen getrieben, die oft mit dem Tod der Frauen endeten.“

Mitglieder und Aktivisten von Amnesty International der ganzen Welt schließen sich lokalen Frauenrechtsgruppen an und rufen El Salvador dazu auf, allen Frauen und Mädchen Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungsmöglichkeiten zu verschaffen oder zumindest in den Fällen, in denen die Schwangerschaft das Leben oder die Gesundheit der Frauen gefährdet, das Resultat einer Vergewaltigung ist oder eine schwerwiegenden Beeinträchtigung des Fötus vorliegt.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Das Abtreibungsverbot hat eine Angst vor Strafverfolgung geschaffen, die so allgegenwärtig ist, dass Ärzte die Polizei rufen, wenn Frauen oder Mädchen in ihrer Praxis eine Fehlgeburt erleiden. Dies führte dazu, dass Frauen wegen vorsätzlichem Mord zu bis zu 40 Jahren verurteilt werden und dies alles nur auf Grund einer Fehlgeburt.

Amnesty International führt gegenwärtig eine Kampagne für 17 Frauen durch, die als „Die 17“ („Las 17“) bekannt sind, die auf Grund von Verbrechen in Verbindung mit einer Schwangerschaft verhaftet wurden. Eine dieser Frauen, Carmen Guadalupe Vásquez Aldana, wurde im Januar vom Präsidenten begnadigt, nachdem die Behörden „juristische Fehler“ in ihrer ursprünglichen Anklage festgestellt hatten. Sie kam nach 7 Jahren Gefängnis am 22. Januar 2015 endlich frei. Eine andere Frau wurde letztes Jahr freigelassen, nachdem sie ihre Strafe abgesessen hatte, aber die 15 übrigen sind immer noch hinter Gittern.

Amnesty International fordert die unverzügliche Freilassung aller Frauen und Mädchen, die sich auf Grund einer Abtreibung oder Komplikationen während der Schwangerschaft in Gefangenschaft befinden.

„Von Argentinien bis in die Schweiz beobachten Menschen El Salvador und hoffen darauf, dass die Gerechtigkeit siegt. Wir werden weder die vielen Frauen vergessen, die in Gefängnissen ihre Zeit absitzen müssen, noch die Vergewaltigungsopfer, die gezwungen sind, ihre Schwangerschaft zu Ende zu bringen“, sagt Erika Guevara-Rosas.

„Wir können die Frauen und Mädchen nicht übersehen, denen der Tod aus dem Gesicht schaut, entweder weil ihre Schwangerschaft sie umbringen könnte oder weil sie gezwungen sind, eine unsichere, heimliche Abtreibung vorzunehmen. Wir können nur hoffen, dass diese Petition den Präsidenten Sánchez Cerén und andere Behörden des Landes daran erinnert, dass sie diese Frauen und Mädchen ebenfalls nicht vergessen dürfen. Wir jedenfalls werden sie nicht vergessen.“

Fünf andere lateinamerikanische Länder haben ähnliche Abtreibungsverbote: Chile, Haiti, Honduras, Nicaragua und Suriname. Von diesen unternimmt Chile gerade Schritte, die gegenwärtige Lage zu verändern: Im Januar präsentierte Präsidentin Michelle Bachelet dem chilenischen Kongress einen Gesetzesentwurf, der einer Mutter eine Abtreibung erlaubt, wenn ihr Leben auf dem Spiel steht, wenn der Fötus keine Überlebenschancen hat oder im Falle einer Vergewaltigung. Wenn das Gesetz erlassen wird, würde das totale Abtreibungsverbot aus dem Jahre 1989 aufgehoben werden. Im Dezember entkriminalisierte die Dominikanische Republik die Abtreibung im Falle von Vergewaltigung, Inzest, schwerwiegenden Beeinträchtigungen des Fötus oder wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist.

Im März 2014 begann eine globale Kampagne von Amnesty International, die das Menschenrecht schützen soll, eigene Entscheidungen zu ihrer Gesundheit, ihrem Körper und ihrer Reproduktion fällen zu können, ohne Angst vor Diskriminierung und ohne staatliche Kontrolle oder Zwänge. Die „My Body My Rights“-Kampagne appelliert an Regierungen, Abtreibung zu entkriminalisieren.

(Unauthorisierte) Übersetzung des Berichtes **Hundreds of thousands join the struggle to put an end to El Salvador's abortion ban**

<https://www.amnesty.org/en/articles/news/2015/04/hundreds-of-thousands-join-the-struggle-to-put-an-end-to-el-salvador-s-abortion-ban/>

